



Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 10. Oktober 2014

TOP 13, Flächendeckende Geburtshilfe nachhaltig sicherstellen (Drucksache 18/2256 und 18/2368)

Birte Pauls:

Die Gesundheit von Mutter und Kind muss Vorrang haben

Ich denke, in einer eigentlich alles entscheidenden Sache sind wir uns alle einig: Die Sicherheit und die Gesundheit von Mutter und Kind haben absoluten Vorrang! In einer zweiten Sache sind wir uns wahrscheinlich auch einig: Das Land Schleswig Holstein bietet regionale Besonderheiten wie Inseln und Halligen, die eine gezielte Planung einer risikoarmen Geburt notwendig machen.

Wenn das so ist, dann müssen wir noch genau auf demographische Entwicklungen, Zahlen und wissenschaftlichen Untersuchungen schauen: Bis zum Jahre 2025 haben wir ca. 15 % weniger gebärfähige Frauen, die bei ihrer ersten Geburt immer älter sind. Der Durchschnitt liegt aktuell bei 30,7 Jahren. Bei älteren Erstgebärenden steigt das Risiko u.a. für Frühgeburten oder Komplikationen.

Frühgeburten, Mehrlingsgeburten oder Komplikationen können durch eine enge medizinische und fachliche Begleitung rechtzeitig erkannt werden. Das erfordert aber eben auch eine entsprechende medizinische Versorgung vor, während und nach der Geburt – laut Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses in einem Perinatalzentrum Level 1. Das sind Einrichtungen zur Versorgung von Früh- und Neugeborenen mit einer besonderen räumlichen, technischen und personellen Ausstattung.

Wir haben laut dieser Richtlinie vier Stufen (Level) von Geburtskliniken: Level 1 entspricht der Hochleistungsmedizin mit entsprechender Versorgung für Mutter und Kind. Geburtskliniken des

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Levels 2 und 3 verfügen über eine Kinderstation, während die Geburtskliniken mit Level 4 keinerlei Mindestvorgaben haben. Kinderärzte müssen dort auch nicht vorgehalten werden.

Bei den in Schleswig-Holstein in der Vergangenheit geschlossenen Abteilungen handelte es sich immer um Geburtskliniken des Levels 4.

Jede Frau hat das Recht, selbst zu entscheiden, wo, unter welchen Umständen und mit welcher Begleitung sie ihr Kind zur Welt bringen möchte. Aber wir tragen dafür Sorge, dass alle Frauen über ihre Schwangerschaft und die Möglichkeiten und Risiken der Geburt bestens informiert sind. Das müssen und wollen wir sicherstellen durch das Angebot einer engen, wohnortnahen, flächendeckenden Begleitung durch Gynäkologen und Hebammen.

Deshalb war der Vorstoß von Ministerin Allheit auf Bundesebene zur Sicherung der freiberuflichen Hebammen ja auch so wichtig. An den Lösungen wird aktuell gearbeitet. In diesem Sinne sagt auch die Landesvorsitzende des Berufsverbandes der Frauenärzte in Schleswig-Holstein, Doris Scharrel: „Die Geburt eines Kindes ist kein Sekundenergebnis.“ Und weiter: „...bei regelhaft durchgeführter Mutterschaftsvorsorge sind Risiken ... weit vor der Geburt bekannt und beginnen nicht auf dem Transport zur Klinik.“

2011 lag Schleswig-Holstein im Qualitätsindex der Frühgeborenenversorgung auf Platz 13 von 16. 2012 hatte sich die Quote zwar verbessert, trotzdem ist Schleswig-Holstein auf Platz 14 abgerutscht. Die anderen Bundesländer hatten sich in den Versorgungsstrukturen deutlich verbessert. Und warum? Man hat wie in anderen europäischen Flächenländern, z.B. Finnland und Portugal, die Geburtskliniken mehr zentriert und damit die Anzahl der Geburten in einer Klinik und somit die Ergebnisqualität gesteigert.

Ich bin kein großer Anhänger dessen, dass eine normale Geburt immer ein Fall für eine Universitätsklinik sein muss. Aber ich möchte auf meinen Anfangssatz zurückkommen: Die Sicherheit und Gesundheit von Mutter und Kind haben absoluten Vorrang.

Wie man sieht, müssen viele Parameter und Kriterien in ein geburtshilfliches Konzept für Schleswig-Holstein einbezogen werden. Wir haben vor der Sommerpause das Sozialministerium beauftragt, zusammen mit Experten der Geburtshilfe dieses Konzept zu entwickeln. Dem wollen wir nichts vorwegnehmen. Dann können wir gerne gemeinsam alle

Vorschläge diskutieren. Wir freuen uns auf die Berichterstattung des Ministeriums im Sozialausschuss darüber.